



Zentrale Forderungen des Bündnisses „Zusammen für Frieden. JETZT!“

Stand: 12 Dezember 2025

1. Friedenspolitik

Konsequente Friedenspolitik im Sinne des Grundgesetzes (Präambel & Art. 26) sowie Einhaltung des 2+4-Vertrags und der Charta von Paris. Frieden schaffen ohne Waffen durch friedenswillige Diplomatie.

2. Für ein neutrales, friedenserstellendes Deutschland

Erklärung der Neutralität Deutschlands. Kündigung des Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in Deutschland und Austritt aus der NATO. Stattdessen Aufbau einer neuen Entwicklungs- und Sicherheitsarchitektur in einem geeinten Europa souveräner Nationalstaaten – unter Einbeziehung Russlands.

3. Abrüstung statt Aufrüstung – Keine Atomwaffen in Deutschland

Keine Stationierung von Atomwaffen, Hyperschall- oder anderen Angriffswaffen in Deutschland.

Hochrüstung bedroht unsere Sicherheit, anstatt ihr zu dienen. Die Stationierung von Mittelstreckenraketen macht Deutschland zum Angriffsziel.

Beendigung der nuklearen Teilhabe Deutschlands und konsequente Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags. Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags durch Deutschland.

4. Keine Sonderschulden für Aufrüstung

Diese exorbitanten Aufrüstungsschulden gehen auf Kosten von Infrastruktur, Wirtschaftsstandort und Sozialstaat. Lediglich notwendig ist eine effektive Finanzierung der Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr.

5. Keine Waffenexporte in Kriegsgebiete

Keine Waffen- und Rüstungslieferungen in jegliche Kriegs- und Krisengebiete. Waffen nur für den eigenen Verteidigungsfall.

6. Bundeswehr auf Selbstverteidigung begrenzen

Deutschland unterhält keine Militärstützpunkte im Ausland und beteiligt sich nicht an militärischen Auslandseinsätzen. Keine Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht – eine freiwillige Berufswehr genügt für Verteidigungsaufgaben.

7. Kriegsverbrechen stoppen

Aktives Eintreten für deren Beendigung auf diplomatischem Weg durch Förderung unabhängiger Untersuchungen, strafrechtlicher Verfolgung der Täter und humanitärer Zugangsgarantien.

8. Friedenssichernde Energiepolitik

Eine Energiepolitik, die bezahlbare Preise sichert und damit Wirtschaft, Arbeitsplätze und sozialen Frieden stärkt. Dazu gehört die Nutzung aller verfügbaren Energiequellen, einschließlich des funktionsfähigen Strangs B von Nord Stream II.

9. Völkerfreundschaft fördern

Dialog und Kooperation mit allen Staaten – einschließlich Russland – stärken, wie es in der Charta von Paris 1990 vorgesehen ist, und zugleich eine Annäherung an die BRICS-Staaten anstreben.

10. Aufklärung und Vertrauensbildung statt Propaganda

Multiperspektivische, ausgewogene Berichterstattung und offene Debattenkultur in den Medien gewährleisten - statt einseitiger Kriegspropaganda und dem Schüren von Feindbildern und Angst.